

■ ZEITZEUGENGESPRÄCH

Das Willy-Brandt-Bild in Deutschland und Polen. Diskussion mit Reinhard Appel (Leitung), Peter Bender, Markus Meckel, Klaus Schütz, Wiesława Surdyk-Fertsch und Kazymierz Woycicki am 25. November 1998 im Rathaus Schöneberg zu Berlin

GERHARD GROSS: Meine sehr geehrten Damen und Herren, das Zeitzeugengespräch dieses Abends bildet den Abschluss und Höhepunkt eines mehrtägigen Seminars unserer Stiftung zum Thema „Das Willy-Brandt-Bild in Deutschland und in Polen“.

Als Vorstandsvorsitzender der Bundeskanzler-Willy-Brandt-Stiftung möchte ich Sie zu diesem Anlass – zugleich im Namen des Gesamtvorstandes – sehr herzlich hier im Saal der Bezirksverordnetenversammlung im Rathaus Schöneberg begrüßen.

Ich freue mich, dass diese Veranstaltung so großes Interesse findet, und danke Ihnen allen, dass Sie zu uns gekommen sind.

Ganz besonders möchte ich unsere polnischen Gästen begrüßen. Es sind vornehmlich Teilnehmer unseres Seminars für Lehrer der Geschichte und Politischen Weltkunde, das wir als eine Gemeinschaftsveranstaltung mit der Ost-Akademie Lüneburg durchgeführt haben. Mein herzliches Willkommen gilt auch den deutschen Kolleginnen und Kollegen, die aus verschiedenen Bundesländern zu dem Seminar angereist sind. Einige von ihnen vertreten Schulen, die den Namen Willy Brandts tragen, was uns immer wieder besondere Freude bereitet.

Ich heiße die Podiumsteilnehmer des heutigen Abends sehr herzlich willkommen. Unsere Zeitzeugen sind seit vielen Jahren aufmerksame und sachkundige Beobachter der deutsch-polnischen Beziehungen und kommen aus der alten Bundesrepublik Deutschland, der vormaligen DDR und aus Polen.

Der frühere polnische Außenminister Professor Władysław Bartoszewski hat seine Teilnahme an der Diskussion leider kurzfristig absagen müssen. Er bedauert dies außerordentlich und hat mich gebeten, den Teilnehmern auf dem Podium und den Gästen des heutigen Abends seine besten Wünsche zu übermitteln. Ich freue mich, dass wir an seiner Stelle eine Teilnehmerin aus dem Seminar für das Podium gewinnen konnten, Frau Wiesława Surdyk-Fertsch, die von Beruf Schulbuchautorin im Raum Posen ist. Wir danken Ihnen, dass sie kurzfristig bereit waren einzuspringen.

Auf dem Podium begrüße ich den früheren Regierenden Bürgermeister von Berlin, Dr. Klaus Schütz, der die ersten Schritte der neuen Ost- und Deutschlandpolitik Willy

Brandts hier in Berlin und als Staatssekretär im Auswärtigen Amt hautnah miterlebt und mitgestaltet hat.

Ich begrüße Herrn Kazymierz Woycicki, früherer Sekretär bei der polnischen Gewerkschaft Solidarität und derzeitiger Leiter des Polnischen Instituts in Düsseldorf.

Ich freue mich, dass Markus Meckel heute Abend bei uns ist. Er war 1990 Außenminister der ersten frei gewählten Regierung der DDR, ist jetzt Mitglied des Deutschen Bundestages und Vorsitzender der Deutsch-Polnischen Gesellschaft.

Ein weiterer Podiumsgast ist Dr. Peter Bender, Journalist und Publizist aus Berlin, der die deutsch-polnischen Beziehungen durch die Jahre hindurch intensiv beobachtet und für die deutsche Öffentlichkeit kommentiert hat.

Und schließlich heiße ich Reinhard Appel willkommen. Er ist uns allen als ehemaliger Chefredakteur des ZDF bekannt und als Moderator der Sendung „Journalisten fragen – Politiker antworten“ noch in lebendiger Erinnerung. Viele von Ihnen kennen sicherlich auch das lesenswerte Buch Reinhard Appels über die Regierenden Bürgermeister von Berlin. Ich möchte Ihnen, Herr Appel, sehr dafür danken, dass Sie sich bereit erklärt haben, die Moderation dieser Podiumsdiskussion zu übernehmen.

Bevor ich nun Ihnen das Wort übergebe, wünsche ich uns allen – ganz im Sinne der deutsch-polnischen Freundschaft – einen informativen und anregenden Verlauf.

REINHARD APPEL: Ich danke Herrn Groß für die Einführung. Auch ich grüße Sie alle herzlich, meine Damen und Herren, verehrte Forumsteilnehmer und sehr geehrte Referenten.

Unser öffentliches Zeitzeugengespräch über das Willy-Brandt-Bild in Deutschland und in Polen, das Sie in Ihrem Seminar schon einige Tage in Lüneburg und hier in Berlin beschäftigt hat, findet in der alten Wirkungsstätte Willy Brandts, im Rathaus Schöneberg, statt. In diesem Haus residierte er viele Jahre als Abgeordneter, als Parlamentspräsident und als Regierender Bürgermeister. Hier durchlitt er 1961 den Schock des Mauerbaus mitten durch Berlin, hier sann er darüber nach, wie man diese bittere Nachkriegskonsequenz des Kalten Krieges, die Teilung von Berlin, von Deutschland und Europa überwinden könnte, und hier erlebte er auch nach seiner Bonner Zeit als Parteivorsitzender, Außenminister und Bundeskanzler die glückliche Stunde, als die Mauer fiel und er den berühmt gebliebenen Satz zu den Berlinern sprach: „Jetzt wächst zusammen, was zusammengehört.“ Ein Satz, der mit großer Dankbarkeit von ihm gesprochen wurde, aber auch Hoffnungen ausdrückte, die noch nicht alle erfüllt sind.

Indem wir den Genius loci dieser Stätte berufen, wollen wir als Zeitzeugen Willy Brandts auf das uns gestellte Thema eingehen. Dr. Klaus Schütz, der ehemalige

Regierende Bürgermeister, ist nicht nur ein Zeitzeuge Willy Brandts, sondern er war, mehr als alle anderen hier auf dem Podium, auch ein persönlicher Vertrauter und damit wohl einer der besten Kenner der Politik und des Denkens des früheren SPD-Vorsitzenden. Auf seine Vita brauche ich nicht näher einzugehen. Klaus Schütz war Mitglied im Berliner Abgeordnetenhaus, er hat Willy Brandt als Staatssekretär ins Auswärtige Amt nach Bonn begleitet, kehrte dann für die Dauer von zehn Jahren als Regierender Bürgermeister an die Spree zurück, ging anschließend als Botschafter der Bundesrepublik Deutschland nach Israel, war Intendant der Deutschen Welle und ist jetzt Präsident des Roten Kreuzes in Berlin und Ombudsmann der „Berliner Zeitung“. Herr Schütz, wie lange waren Sie in diesem Hause?

KLAUS SCHÜTZ: Im Hause insgesamt? Ich glaube seit 1954, bis 1977.

REINHARD APPEL: Waren Sie hier als Abgeordneter?

KLAUS SCHÜTZ: In diesem Raum hat die Bezirksverordnetenversammlung von Schöneberg getagt. Das Abgeordnetenhaus befand sich in einem anderen Saal.

REINHARD APPEL: Ich darf nun Frau Surdyk-Fertsch begrüßen. Sagen Sie uns bitte: Haben Sie Willy Brandt persönlich kennen gelernt?

WIESLAWA SURDYK-FERTSCH: Ich hatte leider dazu keine Möglichkeit. Heute stehe ich unter dem Eindruck der Willy-Brandt-Ausstellung hier im Rathaus Schöneberg. Außerdem hatten wir während des Seminars die Gelegenheit, die Persönlichkeit Willy Brandts kennen zu lernen.

REINHARD APPEL: Und was ist Willy Brandt in Ihrer persönlichen Vorstellung? Welche Rolle spielt er für Sie als Polin?

WIESLAWA SURDYK-FERTSCH: Für mich – wie für viele andere Polen – ist Willy Brandt der Architekt der Entspannung. Sein Name wird bei uns mit der Unterzeichnung des deutsch-polnischen Vertrages vom Dezember 1970 verbunden.

REINHARD APPEL: Markus Meckel, Ex-Außenminister, Bundestagsabgeordneter, hat Theologie studiert, war Mitbegründer der SPD in der DDR und DDR-Außenminister nach der ersten freien Wahl. Er war Sprecher der Enquete-Kommission des Bundestages zur Aufarbeitung der DDR-Geschichte, ist Vorsitzender der deutsch-polnischen Parlamentarier-Gruppe und des Arbeitskreises Ost-Mitteleuropa der SPD-Bundestagsfraktion sowie Vorsitzender der Deutsch-Polnischen Gesellschaft. Wann haben Sie Brandt das erste Mal gesehen?

MARKUS MECKEL: Persönlich habe ich ihn erstmals kurz nach der Maueröffnung in Berlin gesehen, als wir im Vorstand der neu gegründeten Sozialdemokratischen Partei der DDR zusammentrafen. Als Person war er natürlich seit Kindheitstagen immer ein Begriff, ja, wenn man so sagen kann, eine Heldenfigur aus der Kindheit, Jugend

und Gegenwart. Solch einen Mann plötzlich kennen lernen zu dürfen – und dann nicht nur einmal mit ihm sprechen zu können, sondern über eine gewisse Zeit auch sehr eng mit ihm kooperieren und sich absprechen bzw. Politik vereinbaren zu können –, war für mich eine ganz besondere Erfahrung. Das war für mich ein ganz wesentliches Ereignis in einer für Deutschland zentralen und wichtigen Zeit.

REINHARD APPEL: Sie sind 1952 geboren. Als Brandt in Erfurt zu den ersten deutsch-deutschen Gesprächen war, waren Sie 18 Jahre alt. Haben Sie daran eine Erinnerung?

MARKUS MECKEL: Am Fernseher habe ich es erlebt; ich war damals nicht in Erfurt. Aber für mich war dies eine besonders wichtige Zeit, weil ich in einem evangelischen Pfarrhaus aufgewachsen bin und schon Mitte der sechziger Jahre im Elternhaus die Diskussion der Ost-Denkschrift der Evangelischen Kirchen eine Rolle spielte. Und dann, am 7. Dezember 1970, Willy Brandt in Warschau: Das ist ein Bild, das sich uns lebenslang eingeprägt hat, obwohl wir damals noch relativ jung waren. Wir – das kann ich nicht nur für mich oder die eigene Familie sagen, sondern für viele DDR-Bürger – waren der festen Überzeugung: Dort kniet Willy Brandt für alle Deutschen, nicht nur für die in der Bundesrepublik, sondern auch für die in der DDR.

REINHARD APPEL: In der Ausstellung, die man hier im Rathaus sehen kann, ist das sehr eindrucksvoll dargestellt. Dort sieht man alle Lebensstationen Willy Brandts dokumentiert.

Ich stelle Ihnen nun Dr. Peter Bender vor, 1923 hier in Berlin geboren. Nach dem Studium der Geschichte und der Altertumswissenschaften an der Universität Hamburg war er 1954 bis 1961 Mitarbeiter des SFB, dann bis 1970 Redakteur in der WDR-Hauptabteilung Politik in Köln, ab 1970 Korrespondent des WDR in Berlin und 1973 bis 1974 Hörfunkkorrespondent der ARD in Warschau.

Wann, Herr Kollege Bender, haben Sie Willy Brandt zum ersten Mal kennen gelernt, gesehen oder ihn politisch wahrgenommen?

PETER BENDER: Politisch wahrgenommen habe ich ihn 1955/56, als ich nach Berlin kam. Kennen gelernt habe ich ihn etwa 1960.

REINHARD APPEL: Was ist Ihr Gesamteindruck von der Persönlichkeit Willy Brandts?

PETER BENDER: Willy Brandt war einer der wenigen Politiker, die mehr sind als nur Politiker. Er stand voll im politischen Geschäft und machte, was alle Politiker machen müssen. Aber bei ihm war immer noch etwas mehr da als Politik. Für ihn war Politik nicht Selbstzweck, sondern ein Instrument für weitere, höhere Zwecke.

REINHARD APPEL: Ich selbst darf mich auch in Bezug auf das hier gestellte Thema vorstellen. Ich war 52 Jahre Zeitungs-, Hörfunk- und Fernsehjournalist und habe jetzt viele Ehrenämter, schreibe Bücher. Ich habe viele Gespräche, Diskussionen und Inter-

views mit Willy Brandt geführt. 1970 habe ich ihn bei der Unterzeichnung des Warschauer Vertrages und dem Kniefall vor dem Ghettondenkmal begleitet. Ich habe das erste deutsch-polnische Forum in Bad Godesberg auf Wunsch von Helmut Schmidt moderiert und die Deutsch-Polnische Gesellschaft mitbegründet.

Im Willy-Brandt-Bild in Polen, das uns hier beschäftigt, spiegelt sich auch die lange leidvolle deutsch-polnische Nachkriegsgeschichte, die wiederum vom militärischen Überfall der Hitlerwehrmacht auf Polen im September 1939 geprägt ist. Er kostete mehr als sechs Millionen polnischen Frauen und Männern das Leben und führte 1945 dazu, dass Millionen Deutsche durch Flucht und Vertreibung ihre Heimat verloren und die Siegermächte die polnische Westgrenze an die Oder-Neiße-Linie verlegten. Aus diesem Problemknäuel, das sich durch die Sowjetherrschaft bis zur Elbe, durch kommunistische Bruderbeziehungen zwischen Moskau, Warschau und Ost-Berlin und den Kalten Krieg noch komplizierte, entwirrte und normalisierte sich das deutsch-polnische Verhältnis im Grunde erst mit dem Grenzabkommen nach der Wiederherstellung der deutschen Einheit im November 1990, dem dann im Juni 1991 der Vertrag über gute Nachbarschaft und freundschaftliche Zusammenarbeit zwischen Deutschland und Polen folgte.

Diese Phase hat Willy Brandt nicht nur in verschiedenen politischen Funktionen miterlebt, sondern auch als Initiator und Realisator der deutschen Ostpolitik entscheidend mitgestaltet. Wir wollen darüber zunächst hier auf dem Podium diskutieren. Insbesondere liegt uns natürlich daran, dass wir mit polnischen Freunden das Thema erörtern. Aber es geht auch um das Bild Willy Brandts in Polen aus deutscher Sicht.

Ich möchte zunächst Frau Surdyk-Fertsch bitten, uns zu sagen, ob sie eine persönliche Erinnerung an die Zeit hat, als der Warschauer Vertrag abgeschlossen wurde. Es ist schon 28 Jahre her. Haben Sie das bewusst miterlebt? Wie haben Sie überhaupt in Ihrer persönlichen Entwicklung das deutsch-polnische Verhältnis erlebt? Was haben Ihnen Ihre Eltern oder Ihre Lehrer über die Deutschen gesagt?

WISLAWA SURDYK-FERTSCH: 1970 war ich in der Tat noch ziemlich jung und besuchte gerade die Hauptschule. Daher kann ich nur von Äußerungen der Familie und der Geschichtslehrer berichten. Die berühmte Unterzeichnung des deutsch-polnischen Vertrages vom Dezember 1970 ist an mich als Kind nicht herangetragen worden; ich habe sie nicht bewusst erlebt. Ich kann mich allerdings an die Reaktion der Eltern, der Bekannten und der Freunde erinnern – und vor allem sehe ich das Bild von Willy Brandt bei seinem berühmten Kniefall in Warschau vor Augen. Das war eine derart symbolische Geste, dass man sie kaum beschreiben kann. Sie hat große Bewun-

derung hervorgerufen.

Als ich im Jahre 1982 mit meiner Arbeit als Lehrerin begann, fand ich in einer Informationsmappe für die Lehrer für den Schulunterricht ein Foto des Kniefalls von Willy Brandt, das von der polnischen Presseagentur stammte. Wenn ich jetzt polnische Bücher analysiere, muss ich zu meinem Bedauern feststellen, dass dieses Bild in keinem einzigen Lehrbuch für Geschichte zu finden ist.

REINHARD APPEL: Ich möchte hierzu Folgendes bemerken: Es ist auch damals, im Dezember 1970, in der polnischen Presse kaum etwas davon registriert worden. Auch das Bild Willy Brandts vor dem Mahnmal im Warschauer Ghetto ist dort nicht erschienen. In Westdeutschland und überhaupt in der westlichen Welt gab es eine ganz andere Aufmerksamkeit. Liegt dieses Verschweigen bis heute in der polnischen Literatur vor? Habe ich richtig verstanden, dass der Kniefall auch in heutigen Büchern nicht registriert wird?

WIESŁAWA SURDYK-FERTSCH: Ich kann nicht genau sagen, in wie vielen Zeitungen und Zeitschriften die polnische Presse dieses Bild veröffentlicht hat. 1970 gab es im Gegensatz zu heute keine oder kaum Pressefreiheit. Die Medien waren dem kommunistischen Regime unterworfen. Insofern hing auch die Verbreitung dieses Bildes von der Zustimmung des Regimes ab.

REINHARD APPEL: Waren Sie schon Lehrerin, als es noch die DDR gab, und könnten Sie beschreiben, wie Sie und die polnische Öffentlichkeit die Polenpolitik der DDR und die der Bundesrepublik beurteilt haben?

WIESŁAWA SURDYK-FERTSCH: Ich bin seit 1982 Lehrerin. Wenn es sich um die Ostpolitik der Bundesregierung handelt, dann kann ich sagen, dass das Bild der Historikerzunft ziemlich übereinstimmt: Es musste zu einer Wiedervereinigung Deutschlands kommen. Es war nicht möglich, dass eine Nation in zwei Staaten geteilt bleibt. Ich glaube, dass gerade die Polen genau wissen, was es bedeutet, wenn eine Nation geteilt ist.

REINHARD APPEL: Wir heißen nun Kazimierz Woycicki herzlich willkommen. Er gehörte in den siebziger Jahren zur demokratischen Opposition in Polen. Er war Mitarbeiter von Tadeusz Mazowiecki, anschließend 1984 bis 1987 in London für die BBC tätig. Ab 1989 war er Sekretär des Bürgerkomitees am Runden Tisch und ist heute Direktor des Polnischen Institutes in Düsseldorf. Wann haben Sie Willy Brandt kennen gelernt und welcher Eindruck ist bei Ihnen geblieben?

KAZIMIERZ WOYCICKI: Leider hatte ich nicht die Ehre, Herrn Brandt persönlich kennen zu lernen, als er das erste Mal in Polen war. Im Jahre 1970 war ich noch zu jung, um solche großen Persönlichkeiten zu treffen, obwohl gerade damals der Besuch von

Willy Brandt für meine Generation der jüngeren Polen unglaublich wichtig war. Natürlich wurde auch später die SPD-Politik gegenüber der Opposition in Polen diskutiert. Und die Popularität Brandts war für uns wichtig. Er verkörperte für uns den Deutschen, der mit neuen Gedanken zu uns gekommen ist.

REINHARD APPEL: Zwischen Polen und der DDR hat es frühzeitig einen Grenzvertrag und damit eine für Polen sehr wichtige Anerkennung der Grenze gegeben. Wie ist bei Ihnen diese Zwiespältigkeit des Verhältnisses zur DDR und zur Bundesrepublik, die dann von 1969 – 1974 von Willy Brandt repräsentiert wurde, in Erscheinung getreten?

KAZIMIERZ WOYCICKI: Der Grenzvertrag mit der DDR war vielleicht für einige Kommunisten in Polen wichtig, aber nicht für die unabhängige polnische Öffentlichkeit. Man sprach in Polen immer von „Deutschland“; das umschloss die Bundesrepublik und die DDR. Man betrachtete die DDR immer als etwas Vorläufiges. So war die Stimmung. In dem Sinne war diese Beziehung gar nicht zwiespältig, sondern ganz eindeutig: Die DDR war ein Ostblockstaat, nicht authentisch und undemokratisch. Wir suchten Kontakt mit der Opposition in der DDR, mit solchen Stimmen, die unabhängig waren, aber wir betrachteten die Bundesrepublik als Vertreterin der Deutschen und als demokratischen Staat. In den siebziger Jahren war diese Stimmung auch unter vielen Polen verbreitet. In diesem Moment kam Willy Brandt. Es war unglaublich wichtig, dass er mit der Geste des Kniefalls das bestätigte, was wir auch bestätigt haben wollten, dass in der Bundesrepublik die anderen Deutschen sind, die anders denken, dass die Zeit des Krieges vorbei ist und man sich Deutschland gegenüber öffnen muss.

REINHARD APPEL: Wenn Sie „wir“ sagen, Herr Woycicki, meinen Sie dann immer die demokratische Opposition? Meinen Sie dann die Bürgerrechtler, wie wir hier sagen? Damit meinen Sie nicht die Polen, die hinter der polnischen Regierung standen?

KAZIMIERZ WOYCICKI: Darüber, inwieweit der Begriff „polnische Regierung“ richtig war, haben wir uns schon während des Seminars in Lüneburg ein bisschen gestritten. Ich sage „polnisch-kommunistische Regierung“. Meine Kollegen und ich haben das nie als polnische Regierung empfunden. Das war an erster Stelle eine kommunistische Regierung. Man würde in Deutschland auch ungern „deutsche Regierung“ zur Hitlerregierung sagen. Das ist mit den Kommunisten nicht anders. Sie waren eine unerwünschte Macht.

REINHARD APPEL: Trotzdem musste man mit dieser Regierung natürlich verhandeln, musste Verträge abschließen, und damit kommen wir dann auf schwierigere Details. Aber ich will jetzt erst einmal die Entwicklung nachzeichnen, die es zur Grenzfrage gegeben hat, und damit Klaus Schütz und die Sozialdemokratische Partei in der Bun-

desrepublik ansprechen. Ich war seit 1949 in Bonn. Paul Löbe, der Alterspräsident des ersten Deutschen Bundestags, gab am 13. Juni 1950 für unser Parlament – mit Ausnahme der KPD – aus Anlass des Görlitzer Vertrages zwischen der DDR und Polen eine Erklärung ab, in der er ganz klar gegen die Oder-Neiße-Linie und gegen das Verbrechen der Vertreibung polemisierte. Es gab also auch in der SPD eine lange Entwicklung. Ich erinnere mich, dass 1957, als Carlo Schmid nach Krakau fuhr und die Oder-Neiße-Linie für sich als Person anerkannte, es auch in der SPD noch Stimmen gab, die damit nicht überstimmten. Können Sie diese Entwicklung als Sozialdemokrat der ersten Stunde mit nachzeichnen und erklären?

KLAUS SCHÜTZ: Das war natürlich eine der Schwierigkeiten der innerdeutschen Politik generell, dass wir in der Bundesrepublik und in West-Berlin einen beträchtlichen Teil von Menschen hatten, die von Haus und Hof verjagt worden waren. Sie waren zu einem großen Teil sehr schwer einzugliedern, was aber schließlich gelang. Sie haben natürlich ein bestimmtes Problem in die deutsche Politik gebracht. Es gab eine eigene Partei für diese Gruppe, den Bund der Heimatvertriebenen und Entrechteten (BHE). Sie hatten naturgemäß bei den Sozialdemokraten einen sehr starken Rückhalt. Es hatte in Schlesien eine große sozialdemokratische Tradition gegeben, Paul Löbe kam von dort. Es war nicht so sehr seine Rede als Alterspräsident, aber Paul Löbe hat im Jahre 1950 davon gesprochen, ob man nicht in Schlesien so etwas wie ein Kondominium von Deutschen und Polen errichten könnte, die dann dort zusammenleben sollten. Das ist von den Vertretern der Heimatvertriebenen und von der CDU/CSU wütend abgelehnt worden und hat auch in der SPD zu großen Diskussionen geführt. Die Sozialdemokraten haben lange Zeit den Vorsitzenden der Vertriebenenverbände gestellt. Wenzel Jaksch war der Vorsitzende der Sudetendeutschen und auch der Vorsitzende des „Bundes der Vertriebenen“. Auch danach gab es dort noch führende Leute aus der SPD. Man soll das nicht vergessen, weil das mit zu einem vollständigen Bild gehört.

Ich bin im Juni 1969 als Regierender Bürgermeister nach Poznan, Auschwitz und Warschau gefahren. Als ich zurückkam, habe ich in der „Zeit“ einen Artikel über das geschrieben, was ich damals die Anerkennung aller Realitäten genannt habe, die notwendig sei. Eine der Realitäten war die Anerkennung West-Berlins als Teil der Bundesrepublik. Eine andere Realität, so habe ich gesagt, ist die Oder-Neiße-Grenze. Ich weiß noch, welche Diskussionen dies in der Sozialdemokratischen Partei hervorrief. Ich besitze noch immer den Brief eines guten Freundes, der Vorsitzender einer Landesorganisation ist und damals an Willy Brandt schrieb: „Wenn Du später wissen willst, warum Ihr 1969 die Wahl verloren habt, dann wegen dieses Artikels, den der

Schütz damals geschrieben hat.“ In der Tat war dies eine etwas kritische Stimme, denn die Sozialdemokratische Partei hatte zu dieser Zeit noch keine Meinung zur Oder-Neiße-Grenze geäußert. Nachdem ich zurückkam, musste ich bei einer Sitzung des SPD-Parteirates einmal hinausgehen, kam wieder herein, ging zu Willy Brandt und fragte ihn: „Sage einmal, gab es Beschwerden über diese Sache?“ Da antwortete er mir: „Ich habe den Artikel heute Nacht gelesen. So schlimm, wie manche gesagt haben, ist er gar nicht.“

Das war für mich eine große Erleichterung, denn ich wollte die Sozialdemokraten nicht in Schwierigkeiten bringen – es war ja meine Partei. Eine Änderung trat in dem Augenblick ein, in dem die Sozialdemokraten und die Freien Demokraten die Kraft gefunden haben, 1969 die Regierung zu bilden. Bis zu diesem Zeitpunkt war die Grenzfrage eine offene Frage. In seinen Erinnerungen spricht Brandt davon, dass viele ihm vorgeworfen hätten, dass er keine endgültige Erklärung abgegeben hat. Er hat darauf hingewiesen, dass aufgrund des Potsdamer Abkommens die ganze Sache noch immer als eine Frage angesehen wurde, die erst in einem Friedensvertrag zu regeln war. Und in diesem Sinne ist sie ja dann 1990/91 geregelt worden, durch die dazu notwendigen Verträge. Aber das war eine strittige Frage, die eben auch diskutiert worden ist. In Karlsruhe 1964 war noch Deutschland in den Grenzen von 1937 das Symbol des SPD-Parteitag. Das hat sich, wie wir alle wissen, geändert, und heute haben wir eine klare Position. Aber dazu brauchte es die Regierung und den Zwang der Verträge von 1970.

REINHARD APPEL: Klaus Schütz, könnten Sie die Position Willy Brandts noch etwas näher erläutern? Als Parteivorsitzender musste er wahrscheinlich auf verschiedene Strömungen innerhalb der Partei Rücksicht nehmen. Aber wissen Sie, als ein persönlicher Vertrauter, ob er sich darüber im Klaren war, dass wir eines Tages die Oder-Neiße-Linie anerkennen mussten?

KLAUS SCHÜTZ: Ja, man muss davon ausgehen, aber sicherlich noch nicht 1947 bis 1949. Das war die Zeit, in der wir alle – auch gerade hier in Berlin – der Meinung waren, dass es binnen kurzer Zeit eine generelle Regelung der Vier Mächte für einen Friedensvertrag geben werde. Bis dahin wollte niemand irgendeine Frage geklärt haben. Das war auch die Zeit, in der wir meinten, die Wiedervereinigung Deutschlands würde binnen kurzem – keiner wusste genau, wann – erfolgen.

Und dann wurde in den fünfziger Jahren deutlich, dass dem nicht so war. Ich bin sehr sicher, dass Willy Brandt von Anfang an zu denen gehört hat, die sagten, dass es keine neue Vertreibung geben dürfe. Wir haben uns alle daran aufgerichtet, dass wir gesagt haben, wir müssen ein Europa schaffen, in dem es keine Grenzen mehr gibt.

Als die Ostpolitik von schönen Ideen in die Praxis übergang, musste man etwas Klares zur Grenze sagen, und das hat man dann auch ganz klar gesagt.

REINHARD APPEL: Markus Meckel, wie stellt sich für Sie die Geschichte der deutsch-polnischen Beziehungen nach dem Kriege dar? Haben Sie mit 18 Jahren den Grenzvertrag mit der DDR vollkommen gebilligt oder hat sich das mit den Problemen vermischt, die Herr Woycicki dargestellt hat, dass eine nicht demokratisch zustande gekommene Regierung keine legitimierten Verträge abschließen könne?

MARKUS MECKEL: Es ist die Frage, aus welcher Perspektive man die Realität sieht. Für mich und für sehr viele aus meiner Generation, die in der DDR aufgewachsen sind, bestand kein Zweifel, dass diese Grenze die endgültige deutsch-polnische Grenze ist. Wir haben den Grenzvertrag von 1950 für richtig gehalten und sind dafür eingetreten, dass auch die Bundesrepublik diese Grenze klar und deutlich anerkennt. Faktisch

geschah dies, trotz des Briefes zur deutschen Einheit, der den Verträgen der siebziger Jahre beigelegt wurde.

Als ich 1966 das erste Mal in Polen war – in Begleitung meines Vaters, der damals bei der Evangelischen Kirche der Union (EKU) für ökumenische Beziehungen zuständig war –, habe ich zweierlei erlebt. Einerseits gab es die Diskussion der Ostdenkschrift der Evangelischen Kirchen, in der festgehalten wurde, dass die deutsch-polnische Grenze eine Realität ist, die wir anerkennen müssen, auch gerade wegen und als Folge des Schrecklichen, das durch Deutsche über Polen gekommen ist. Ich selber habe nicht erst in den siebziger Jahren, wie viele meiner Altersgenossen, die dann frei von der DDR aus nach Polen fahren konnten, die Erfahrung gemacht, in Polen als Deutsche mit dieser belasteten Geschichte identifiziert zu werden. Als DDR-Bürger standen sie nach dem Selbstverständnis der Herrschenden an der Seite der Sieger, nicht in der Verantwortung für den Nationalsozialismus. Nun merkten sie plötzlich, dass sie in Polen als Deutsche empfangen und erfahren wurden. Sie mussten sich nun mit der Schuld der älteren Generation auseinandersetzen. In der Schule hatte man das nicht gelernt, da hatte man immer auf der „richtigen Seite“ gestanden. Für mich war das bereits in den sechziger Jahren so. 1966, also im Alter von 14 Jahren, empfand ich in den Wäldern um Stolp (Slupsk) ein Gefühl von Verlust. Ich sagte mir, diese herrliche Gegend hat Hitler verspielt. Aber es war nicht mehr die Frage, ob man sie zurückholen konnte.

REINHARD APPEL: Können Sie Ihre Eindrücke beschreiben, als Willy Brandt den Warschauer Vertrag abschloss und vor dem Mahnmahl im Ghetto niederkniete, aber doch den von Klaus Schütz erwähnten Vorbehalt machte, dass erst ein Friedensvertrag die endgültige völkerrechtliche Regelung bringe?

MARKUS MECKEL: Dies habe ich als 18jähriger nicht wahrgenommen, das spielte erst 1990 eine Rolle. Für mich war klar, dass das Verhältnis zu Polen wesentlich mit dieser Geschichte zu tun hat. Ich habe in dieser Phase nicht geglaubt, selber die deutsche Einheit erleben zu können, weil klar zu sein schien, dass wir sie nicht zum Thema machen könnten, ohne den Frieden in Europa zu gefährden. So konnte in der Welt des Kalten Krieges die deutsche Einheit kein operatives Ziel sein. Für uns ging es um die Frage der Demokratie, auch schon in den siebziger und achtziger Jahren. Hier war für uns die Entspannungspolitik der Regierung Brandt/Scheel eine ganz wesentliche Erleichterung. Durch sie war es möglich, dass sich Deutsche wieder begegnen konnten und so der Zusammenhalt der Nation durch Kontakte so weit als möglich erhalten wurde. In Berlin war dies bereits vorher möglich, aber nach 1969 wurde die Mauer für Menschen aus Ost und West zunehmend durchlässiger.

In den siebziger Jahren wurde es für DDR-Bürger möglich, ohne Visum nach Polen zu reisen. Viele haben das genutzt und Polen kennen gelernt. So sind auch viele Kontakte entstanden. Das änderte sich dann 1980/81. Mit dem Entstehen von Solidarność riegelte die SED die Grenze nach Polen ab, um zu verhindern, dass der „Bazillus“ der Freiheit in die DDR überspringt. Ein Freund, der Kontakt mit der Solidarność hatte und Material mitbrachte, hat anschließend ein Jahr im Gefängnis gesessen. So wurden viele Kontakte abrupt unterbrochen und waren nur noch über viele Ecken möglich. Ich war, nach mehrfachen Besuchen in den siebziger Jahren, in den achtziger Jahren nicht mehr in Polen.

1989/90 war Polen dann sehr wichtig: der erste nichtkommunistische Premier, vorher der Runde Tisch, die Solidarność – dies bewunderten wir und dachten gleichzeitig in der DDR, dass Deutsche nicht fähig sind, so etwas zu tun. Später gab es die Oppositionsarbeit der achtziger Jahre, dann 1989 den revolutionären Herbst, die Umbrüche, die neue Regierung; ich wurde Außenminister. Für mich war ganz wesentlich, dass wir uns der historischen Verantwortung der Deutschen stellten. Nur wenige werden sich daran erinnern, dass wir am 12. April 1990 in der Volkskammer eine Erklärung abgegeben haben, in der wir uns von der SED-Geschichtsklitterung abwandten und uns der historischen Verantwortung der Deutschen gegenüber Polen stellten, ebenso gegenüber den Tschechen und Slowaken wegen des Einmarsches 1968, gegenüber den Russen, aber auch gegenüber den Israelis. Wir sagten, dass wir heute mit dieser Verantwortung leben wollen. Aus diesem Grund führte mich mein erster Weg als Außenminister nach Warschau, noch vor dem offiziellen Besuch in Bonn. Das hatte diesen Hintergrund: In den Verhandlungen 1990 war unsere Position, dass alles getan werden müsste, damit Polen sich im Prozess der deutschen Einheit sicher fühlt. Deshalb haben wir unterstützt, was die Bundesregierung abgelehnt hat, dass entsprechend dem Vorschlag von Herrn Ministerpräsident Mazowiecki ein Grenzvertrag noch in der Zeit der Zweistaatlichkeit, d. h. der demokratischen DDR, ausgehandelt und paraphiert wird. Unmittelbar nach der deutschen Einheit sollte er in der ersten Parlamentssitzung ratifiziert werden. Dies habe ich noch im September 1990 nach Abschluss der Zwei-plus-Vier-Verhandlungen gefordert. Wir wollten Polen die Sicherheit geben, die es in der Grenzfrage braucht. Was Kazimierz Woycicki oder die Kollegin Fertsch sagten, dass die Polen die deutsche Einheit immer wollten, trifft ja nur für einen Teil der Polen zu. Es trifft für die Solidarność zu, die durchaus schon Anfang der achtziger Jahre deutlich machte, dass es für ein demokratisches Polen gut wäre, wenn es im Westen ein geeintes demokratisches Deutschland habe. So sei der Bezug zu Westeuropa leichter. Insofern lag dies im polnischen Interesse. Es war eine klare

Position, die von der DDR-Opposition nicht unterstützt wurde.

REINHARD APPEL: Ich möchte nachfragen, weshalb Sie als Außenminister noch vor der staatlichen Wiedervereinigung auf eine Sondervertragsregelung mit Warschau gedrungen haben. Sie haben bereits eine Begründung dafür gegeben. Steckte dahinter auch eine Reservatio, dass die Bundesregierung vielleicht in dieser Frage zögerlicher gewesen wäre?

MARKUS MECKEL: Helmut Kohl spielte in dieser Zeit ein doppeltes Spiel. Einerseits hat er über interne Kanäle und in persönlichen Gesprächen – über Gesandte wie Volker Rühle oder Karl-Heinz Hornhues, die nach Polen fuhren – die Botschaft vermittelt, dass Polen keine Angst zu haben brauche. Auch in Gesprächen mit Artur Hajnicz, Bronisław Geremek und anderen gab er diese Botschaft. Diese Personen vertrauten darauf, dass es so kommen würde. Gleichzeitig weigerte er sich jedoch, diese Perspektive öffentlich klar zu machen. Helmut Kohl ist zwar im Laufe der Jahre wirklich ein großer Außenpolitiker geworden, aber er war immer ein noch größerer Wahlkämpfer. Das hat sich auch 1990 bewahrheitet. Er hatte gewiss auch die Absicht, möglichst auch die, die dagegen waren, in den Vertrag einzubinden. Zum anderen wollte er aber auch die Stimmen der Gegner des Grenzvertrages nicht verlieren – und entsprechend hat er gehandelt.

Ich will es kurz belegen: Bis zum Frühjahr bzw. Frühsommer 1990 gab es den Streit, ob man vorher schon einen solchen Vertrag aushandelt und danach ratifiziert, denn nur ein vereintes deutsches Parlament hätte ihn ratifizieren können. Das wollte Kohl nicht, und deswegen hat es international Irritationen gegeben, übrigens auch eine Auseinandersetzung zwischen Außenminister Genscher und Bundeskanzler Kohl. Heute wissen wir das, damals habe ich es noch nicht gewusst. Als Ergebnis der Gespräche Kohls mit Gorbatschow im Kaukasus gab es am 17. Juli 1990 in Paris den Durchbruch bezüglich des deutsch-polnischen Verhältnisses und der Grenzfrage. Dort wurde mir übrigens noch widersprochen, als ich von der Oder-Neiße-Linie als deutsch-polnischer Grenze sprach. Es wurde gesagt, es wäre die Grenze zwischen der DDR und Polen. In Paris gab es die Einigung, dass der Grenzvertrag sobald als möglich nach der Vereinigung ratifiziert werden sollte. Das war eine wesentliche Voraussetzung für den guten Abschluss der Zwei-plus-Vier-Gespräche. Sie sind am 12. September abgeschlossen worden, die deutsche Einheit wurde am 3. Oktober hergestellt. Helmut Kohl hat beim Treffen mit Tadeusz Mazowiecki am 14. November 1990, als der Grenzvertrag unterschrieben wurde, deutlich gemacht, dass dieser nicht sofort nach der Bundestagswahl des geeinten Deutschland im Dezember 1990 ratifiziert werden sollte, sondern erst gemeinsam mit dem Nachbarschaftsvertrag. Dies

haben wir für ein großes Problem gehalten. Ich war durchaus schockiert und hatte wieder die Sorge, die ich schon im Laufe des Frühsommers und Sommers gehabt hatte. Zum Glück hat sich dies nicht bestätigt. Man darf nicht vergessen, dass das Treffen keine drei Wochen vor der Bundestagswahl war. Die Bundesregierung hoffte, damit deutlich zu machen, dass im Nachbarschaftsvertrag viele Fragen, z. B. hinsichtlich des Eigentums, auf die die Vertriebenen hofften, noch geklärt werden könnten. Die Grenzfrage, die Ratifikation des Grenzvertrages wurde zum Faustpfand dafür gemacht. Das war die Wahlkampfperspektive in dieser Frage. Heute wird aus polnischer Sicht und auch in der polnischen Geschichtsschreibung diese Angelegenheit überhaupt nicht behandelt. Es sieht immer so aus, als wäre Helmut Kohl in der Grenzfrage einer geraden Linie gefolgt. Das entspricht nicht den Realitäten. Aber man darf nicht vergessen, dass die polnische Seite die Bundesrepublik als Befürworterin des Beitritts zur EU brauchte. Da wäre es nicht gut gewesen, dem bisherigen Kanzler gegenüber immer wieder auf solche Dinge hinzuweisen. Insofern ist es eine verständliche Reaktion Polens.

REINHARD APPEL: Jahrzehnte lang wurde gesagt, dass es endgültige Regelungen im Friedensvertrag geben werde. Klaus Schütz hat dies auch erwähnt. Der Friedensvertrag wurde in den Zwei-plus-Vier-Verhandlungen aber gar nicht erwähnt. Oder sehe ich das falsch?

MARKUS MECKEL: Jetzt stellen Sie eine Frage, die natürlich viele Völkerrechtler beschäftigen wird. Der Vertrag konnte nicht Friedensvertrag genannt werden, weil man einen Friedensvertrag mit allen Kriegsgegnern abschließt, und das wären über 50 Staaten gewesen. Bei einem Friedensvertrag spielen üblicherweise Reparationsfragen eine zentrale Rolle, und deshalb war Anfang des Jahres 1990 in Ottawa die Formel – die ich gut finde – gefunden worden, dass nur die vier Siegermächte und die beiden deutschen Staaten am Tisch sitzen sollten. Es gab Widerstand in Italien, und auch andere wollte gerne dabei sein. In Polen gab es sofort eine Diskussion. In Bezug auf Polen wurde dies akzeptiert. Es war klar, dass auch die Grenzfrage betroffen war, was bei der Tschechoslowakei, die auch gerne dabei gewesen wäre, so nicht zuträfe. Insofern war es „Zwei plus Vier plus Eins“. In Bezug auf die polnische Frage ist im ersten Außenministertreffen am 5. Mai 1990 in Bonn entschieden worden, dass zu dieser Frage der polnische Außenminister teilnehmen wird. Dabei war uns klar, dass er auch zu anderen Dingen reden kann.

REINHARD APPEL: Vielen Dank, Herr Meckel. Wir wollen noch bei der Grenzfrage bleiben, weil sie ja viele Jahrzehnte das deutsch-polnische Verhältnis sehr belastet hat. Herr Bender, was ist nach Ihrer Erinnerung in Deutschland, insbesondere in

Westdeutschland, der entscheidende Punkt gewesen, um unter Zustimmung der ganz großen Mehrheit der Deutschen zur Anerkennung der Oder-Neiße-Linie zu kommen? Ich denke jetzt nicht nur an die Regierungspolitik, sondern auch an die evangelische Denkschrift, die schon erwähnt wurde, und an den Briefwechsel der katholischen Bischöfe.

PETER BENDER: Ich glaube, den Wandel haben erstens die politischen Verhältnisse bewirkt. Der gesamte Osten hatte doch nicht nur die Oder-Neiße-Anerkennung, sondern auch die Anerkennung der DDR und dazu noch andere Forderungen zu einem Wall von Bedingungen aufgebaut. Es war überhaupt kein normales Verhältnis zum Osten zu bekommen, ohne die Grenze zu bestätigen. Das Zweite war der Zeitablauf. Mit der Zeit sahen die Leute immer mehr, dass es keine Alternative gab. Und als Drittes scheint mir – was auch für andere Politikgebiete gilt –, dass Brandt 1969 diese Politik nicht hätte machen können, wenn es nicht zuvor ein Jahrzehnt lang in der gesamten Bundesrepublik eine breite Diskussion über diese Fragen gegeben hätte. Besonders nach dem Mauerbau war eine Diskussion entstanden, und zwar in allen politischen Lagern – vorwiegend sicherlich bei Sozialdemokraten und Freien Demokraten, aber keineswegs nur bei ihnen. Damit ist im Laufe dieses Jahrzehnts eine klimatische Veränderung erreicht worden. Das scheint mir eine ganz wichtige Voraussetzung zu sein.

Ich weiß nicht, wann die Einsicht Willy Brandts in die Notwendigkeit der Oder-Neiße-Anerkennung begann. Aber mir scheint es so zu sein, dass Willy Brandt fast in einer Art von persönlichem Handstreich im Jahre 1969 die sozialliberale Koalition begründet und die Große Koalition nicht fortgesetzt hat, wie andere führende Sozialdemokraten es wollten und wie die meisten es erwarteten. Und weshalb hat er das getan? Doch im Wesentlichen deshalb, weil die Große Koalition es nicht geschafft hat, eine Ostpolitik zu betreiben, wie sie nötig war. An sich wäre eine Große Koalition die beste Basis dafür gewesen, weil die beiden großen Parteien den Bruch mit der früheren Politik und die große Last, die es bedeutete, ein Fünftel des Deutschen Reiches abzuschreiben, getragen hätten. Die CDU hat dies nicht geschafft. Das war, wie mir scheint, der wichtigste Grund für die Koalition mit der FDP. Willy Brandt sagte: „Wir machen es, obgleich wir nur zwölf Stimmen Mehrheit haben“. Diese zwölf Stimmen waren mehr als unsichere Kantonisten. Es ist wohl eine der wichtigsten Eigenschaften Brandts, dass er zu den nicht zahlreichen Politikern gehört, die ihr Amt für ihre Politik aufs Spiel gesetzt haben; denen das Ziel ihrer Politik wichtiger war als die Machtbewahrung. Das gibt es ziemlich selten.

Die Entscheidung, die Oder-Neiße-Grenze für immer anzuerkennen, ist 1970 gefal-

len und nicht 1990. Das kann man nicht deutlich genug sagen, und zwar nach Bonn wie nach Warschau hin. Es entsteht sonst der Eindruck, dass zwischen Deutschen und Polen alles im Jahre 1990 angefangen hat; vorher gab es – in dieser Sicht – zwar den Brief der polnischen Bischöfe und eine sehr kümmerliche Antwort der deutschen Bischöfe. Aber dazwischen hat sich – in dieser Hinsicht – nicht viel abgespielt, bestenfalls wird der Kniefall von Warschau 1970 noch erwähnt.

Ich glaube, man muss den Unterschied zwischen zwei Persönlichkeiten sehen: Helmut Kohl hat das entscheidende Wort zu dieser Grenze erst gesprochen, als er im Sommer 1990 die Führer der Vertriebenenverbände und die Konservativen in seiner Partei zusammenrief und ihnen sagte: „Wir müssen diese Grenze anerkennen, sonst bekommen wir die Einheit nicht“. Willy Brandt hat diese Grenze anerkannt, weil er eine Verständigung und später eine Versöhnung mit Polen wollte. Willy Brandt hat diesen Akt auf eine Weise vollzogen, die den Höhepunkt seiner ganzen Politik bildete: Mit dem Warschauer Vertrag erkannte er an, dass Deutschland den Krieg verloren hatte und dass ein Fünftel des deutschen Gebietes verloren war. Und mit dem Kniefall erkannte er an, dass Deutschland den Krieg begonnen und mit der Okkupation eine Schuld auf sich geladen hatte, die dazu zwang, den Verlust für immer hinzunehmen. Dem polnischen Ministerpräsident Cyrankiewicz sagte er damals: „Meine Regierung nimmt die Ergebnisse der Geschichte an“. Das war ein großer Satz. Ein großer Satz, zu dem er nur fähig war, weil er nicht wie die meisten Politiker damals, besonders der konservativen Seite, die Ursache der Grenzfrage und der Teilung Deutschlands im Ost-West-Konflikt suchte. Willy Brandt ging weiter zurück und sagte: Wir können nicht 1945 anfangen, wir müssen 1933/1939 anfangen. Er dachte in den gleichen historischen Dimensionen wie seine polnischen Partner, wie es ein großer Teil der anderen Parteien in der Bundesrepublik hingegen nicht tat. Er ist im Osten überzeugend gewesen, weil er ein erwiesener Antifaschist war; und der Westen hat Brandts Ostpolitik geduldet, weil er ein bewährter Antikommunist war; er hatte sich ja als der politische Festungskommandant in Berlin während der Chruschtschow-Ultimeaten bewährt.

REINHARD APPEL: Vielen Dank. Das war eine exzellente Zusammenfassung der Entwicklung. Wir sollten noch auf einen anderen Punkt eingehen, nämlich Brandts Besuch in Warschau, als es schon die Solidarność gab. Er lehnte es ja damals ab, nach Danzig zu Gewerkschaftsführer Wałęsa zu fahren, was zu vielen Irritationen führte. Ich bin selber in der vergangenen Woche in Warschau gewesen. Dort habe ich mit Herrn Mazowiecki gesprochen. Er erinnerte daran, dass Brandt ihn damals in Warschau empfangen, es aber abgelehnt habe, nach Danzig zu fahren. Welche Räson

stand dahinter? Immerhin war Lech Wałęsa Friedensnobelpreisträger wie er.

Ich möchte Herrn Woycicki als Ersten fragen, wie das aus polnischer Sicht und besonders auf die demokratische Opposition gewirkt hat. War Ihnen klar, dass Willy Brandt z. B. mit Rakowski eine gute Beziehung hatte, weil er hoffte, dass sich der Kommunismus zu einer Art Sozialdemokratismus wandeln werde? Möglicherweise war dies der Grund. Oder wie betrachten Sie diese Angelegenheit?

KAZIMIERZ WOYCICKI: Das war zuerst eine sehr große Enttäuschung für sehr viele Polen. Wegen der Popularität Brandts erwartete man von ihm sehr viel. Letztlich wurde das nicht erfüllt. Es betraf nicht nur Brandt, sondern die gesamte SPD. Wir waren enttäuscht, da man in der SPD gerade die natürliche Verbündete einer ursprünglichen Arbeiterbewegung gesehen hatte. Die SPD verfolgte eine sehr etatistische Politik und wollte nur mit den Regierenden sprechen. Zusätzlich nahm sie gegenüber Solidarność sehr oft eine unangenehme, paternalistische Haltung ein: „Wir großen Politiker wissen, was für Sie in Polen gut sein könnte. Beruhigen Sie sich lieber und machen Sie keinen Krach. Unsere Politik bringt Ihnen mehr als Ihre Streiks.“ Das war in etwa die Botschaft vieler Sozialdemokraten.

Ursprünglich war die demokratische Opposition in Polen im Wesentlichen sozialdemokratisch gewesen. Die Sozialdemokraten hätten sich in Polen viel stärker entwickeln können, wenn es nicht an Unterstützung durch die SPD gemangelt hätte. Das gilt für die Anfangsphase bis 1980, also noch vor Solidarność. Es gab damals die Versuche oppositioneller Gruppen, in die Sozialistische Internationale zu kommen. Das haben gerade die deutschen Sozialdemokraten blockiert. Sie hielten diese Gruppierungen nicht für seriös.

Die Situation spitzte sich später bei Besuchen anderer führender Sozialdemokraten wie z. B. von Horst Ehmke in Warschau im Jahre 1988 zu. Damals wurde der Runde Tisch schon vorbereitet, die Opposition wurde bereits von Jaruzelski legalisiert. Aber Ehmke wollte mit der Opposition nicht sprechen, hatte vermutlich Angst. Ich vermutete, dass dies seine Kontakte mit der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei (PVAP) hätte stören können. Und dadurch entstand vielleicht auch in Polen ein falsches Bild von den Sozialdemokraten, das fast bis heute nachwirkt. Man hat anfangs pauschal die SPD-Ostpolitik gesehen, anstatt streng zu unterscheiden zwischen der ersten Phase mit der Entspannungspolitik und dem Grenzvertrag, die für die Entstehung der Opposition in Polen sehr wichtig war, und der anschließenden Phase, als sich in unseren Augen die Sozialdemokraten gegen ihre eigenen Ideale wandten.

Leider hatte man nach 1989 keine Gelegenheit, darüber gemeinsam zu diskutieren. Wenn wir die erste polnische Reaktion auf den Regierungswechsel in Bonn/Berlin

1998 betrachten, dann sehen wir die traurigen Folgen. Ich glaube, die polnische Reaktion war unnötig, aber die alte Wunde ist wieder aufgebrochen. Man hat in der SPD nach 1989 entgegen den Erwartungen keine neue Ostpolitik formuliert. Man hat in dieser Situation hundertprozentig auf Kohl gesetzt, anstatt, was politisch ganz bestimmt richtiger gewesen wäre, zu bedenken, dass die deutsch-polnischen Beziehungen nicht nur Angelegenheit der CDU und von Helmut Kohl sind. Aber so ist das mit der zweitgrößten Partei in Deutschland.

Als Brandt nach Polen kam, aber sich nicht mit Wałęsa traf, sahen wir uns in einer Klemme. Warum? Außenpolitisch wurde die Öffnung nach Deutschland in den achtziger Jahren vorbereitet. Die Politik von Skubiszewski sofort nach 1989 war keine Überraschung. Das war durch die Debatten in den achtziger Jahren gut und gründlich vorbereitet. Und das war Konsens. Aber nun entstand folgende Situation: Mit der CDU/CSU hatten wir ein Problem wegen der Grenze. Und die SPD wollte die Solidarność-Bewegung nicht akzeptieren. Der zweite Partner hatte also auch einen Schönheitsfehler. Daher konnte man diesen Dialog nicht früher beginnen. In diesem Kontext muss man die Absage Brandts und unsere damaligen Sorgen sehen.

Es gab noch ein anderes Motiv. Wissen Sie, warum die jüngere Generation so entschieden für die Öffnung Richtung Deutschland war? Wir hatten die Nase voll von der antideutschen Propaganda der Kommunisten in Polen. Sie sollte eine Art Legitimierung für die Kommunisten in Polen sein: Lieber mit den Russen als mit den bösen Deutschen. Man benutzte ganz zynisch die Xenophobie innerhalb der Gesellschaft. Wir wollten das bekämpfen. Brandt war für uns sehr hilfreich, denn ihm gegenüber konnte man solche Argumente nicht benutzen. Man konnte seine Popularität in Polen für unsere innenpolitischen Ziele einer Demokratisierung und Öffnung benutzen. Und nun kam unser Idol und tat nicht das, was wir erwartet hatten.

REINHARD APPEL: Herr Meckel, wie kann man diesen Widerspruch auflösen?

MARKUS MECKEL: Willy Brandt ist 1970 etwas gelungen, was wirklich genial war. Er musste einen Vertrag mit der polnischen Regierung schließen. Aber die polnische Regierung war eben eine kommunistische; man konnte sie sich nicht aussuchen. Das war ja das Problem der gesamten Entspannungspolitik. Trotzdem galt das Versöhnungsangebot nicht den Kommunisten, sondern Polen. Durch den Kniefall ist es ihm gelungen, nicht nur einen Vertrag zu schließen, sondern auch dem gesamten polnischen Volk eine Botschaft zu geben, die sehr tief ging. Ich glaube, das hat dann dieses Verhältnis begründet, das Kazimierz Woycicki angesprochen hat.

Der Besuch Willy Brandts in Warschau 1985 wurde von Hans Koschnick vorbereitet. Vorher gab es Diskussionen, ob er nach Danzig fahren sollte. In der deutschen Bot-

schaft traf er Mazowiecki und andere. Es war also nicht so, wie der Mythos in Polen besagt, dass er Solidarność nicht getroffen hätte. Er hat Wałęsa nicht getroffen, weil dieser wiederum nicht bereit war, nach Warschau zu kommen. Auch das gehört zur historischen Wahrheit. Es war für Wałęsa ein protokollarisches Problem; wir kennen ihn ja inzwischen. Es ist auch ein Problem der Persönlichkeit Wałęsas, dass er sagte, Willy Brandt muss zu mir nach Danzig fahren. Die Katholische Kirche Polens hat Willy Brandt geraten, nicht nach Danzig zu kommen; so weiß ich es jedenfalls aus den Gesprächen mit Hans Koschnick. Wenn Willy Brandt gewusst hätte, welche Folgen diese ganze Diskussion hatte, wäre er vermutlich nach Danzig gereist.

Übrigens ist Anfang der neunziger Jahre zwischen Wałęsa und ihm dieses Problem geklärt worden, aber es hat in Polen weiterhin eine Rolle gespielt. Dort gibt es manchmal ein neurotisches Verhältnis zur SPD. Das hat durchaus mit dem geschilderten Problem zu tun. Es gab in der SPD, auch in der Bundestagsfraktion, unterschiedliche Positionen zur Solidarność. Horst Ehmke hat z. B. die eben beschriebene Position nicht nur gegenüber Polen, sondern auch im Fall der DDR und anderer Staaten vertreten. Man hat in der zweiten Phase der Ostpolitik, als man selber nicht reagierte, nach meinem Dafürhalten zu wenig wahrgenommen, dass mit Solidarność erstmalig wirklich aus der Gesellschaft heraus ein neues politisches Subjekt entstanden ist, das eine Rolle für die Veränderung der Gesellschaft und des Systems spielte. Man glaubte im Westen immer noch, allein durch die Veränderung der Herrschenden eine Veränderung des Systems zu erreichen. Darüber kann man lange diskutieren.

Dies war für uns in der DDR auch ein Problem. Die Gründung der Sozialdemokratischen Partei in der DDR, die wir Anfang 1989 planten und dann zum 40. Jahrestag der DDR-Gründung umsetzten, wurde auch von der SPD in der Bundesrepublik nicht mit Freuden begrüßt. Die ersten Nachrichten darüber am 28. August 1989 hatten zur Folge, dass der damalige Regierende Bürgermeister, Walter Momper, Egon Bahr und Karsten Voigt sich skeptisch und sehr zurückhaltend äußerten. Sie fragten, ob das denn gut sei.

Wir hielten die Entspannungspolitik für richtig. Wir waren auch dafür, mit den herrschenden Kommunisten zu reden. Aber wir hielten es für falsch, nur mit ihnen zu reden. Dies war ein Problem, das insbesondere die SPD hatte. Aber das gleiche Problem hatten wir mit der damaligen Bundesregierung, die ja auch nicht Oppositionelle besucht hat. Nur ein Teil der Grünen suchte Kontakte zur Opposition, wobei man nicht verschweigen darf, dass es natürlich auch in der SPD Leute gab, die das taten. Insbesondere der Kontakt zu den Kirchen spielte durchgehend eine wichtige Rolle. Da gab es durchaus besondere Kontakte auch zur SPD, jedenfalls, was die DDR anbe-

langte. Das ganze ist ein sehr kompliziertes Geflecht. Ich glaube, dass es heute für Polen wichtig ist, die ganze Geschichte zu sehen.

Wenn ich mir Reden des letzten halben Jahres ansehe, dann merkt man, je nach dem Kontext, dass in Polen unterschiedliche Traditionsgeschichten gepflegt werden. Es lassen sich im deutsch-polnischen Kontext Reden zeigen, in denen das gegenseitige Verhältnis mit den guten Beziehungen von Konrad Adenauer bis zu Helmut Kohl beschrieben wird, und da ist kein Wort von Willy Brandt die Rede. Und es gibt, wenn es um die Ehrung von Sozialdemokraten geht, natürlich auch die andere Traditionslinie, die Willy Brandt ins Zentrum stellt. Ich glaube, es wäre gut, diese beiden Traditionslinien wieder etwas stärker miteinander zu verschränken. Vielleicht hilft die Tatsache, dass es nun einen sozialdemokratischen Kanzler in Deutschland gibt, denn so etwas hat immer auch etwas mit der gegenwärtigen Politik zu tun. Genauso wie die Ostdeutschen 1990 glaubten, in dem Kanzler, der damals gerade regierte, die Lösung ihrer Probleme zu finden, war dies, solange Herr Kohl regierte, von polnischer Seite auch so. In Westeuropa hat Polen nun einmal in Deutschland den wichtigsten Anwalt für sein Integrationsinteresse. Das galt für Helmut Kohl, das gilt aber auch heute, wo ein sozialdemokratischer Kanzler versucht, Anwalt dieser gemeinsamen Interessen zu sein.

REINHARD APPEL: Ich würde gern von Peter Bender hören, ob er die Enttäuschung verstehen kann, die Herr Woycicki formuliert hat.

PETER BENDER: Ich verstehe die Enttäuschung, und ich finde, dass Herr Woycicki sie besonders fair – unter Berücksichtigung aller Seiten – hier dargestellt hat. Die Geschichte hat gezeigt, dass Sie Recht hatten. Auch was die Gründung der Ost-SPD angeht, hat sich erwiesen, dass es richtig war. Es war möglich und richtig, die Partei damals zu gründen.

Ich glaube aber, man muss, wenn das Bild vollständig werden soll, und um Ihre Frage zu beantworten, überlegen: Was sind denn die Erfahrungen und folglich die Überlegungen von Brandt, aber auch von anderen Sozialdemokraten, damals gewesen? Es waren die Erfahrungen einer Generation, die eine Serie von schrecklichen Dingen erlebt hatte, den 17. Juni 1953, die Niederschlagung der ungarischen Revolution 1956, die Erstickung des Prager Frühlings 1968 und schließlich das sogenannte Kriegsrecht in Polen 1981. Die Erfahrung dieser Generation war: Wenn von unten her eine Rebellion kommt oder wenn überhaupt nur die Opposition einen bestimmten Grad überschreitet, von dem die Führenden meinen, dass ihre Führung gefährdet sei, dann schlagen sie zu. Dann fahren entweder die sowjetischen Panzer auf, es wird ein Kriegsrecht verhängt oder Ähnliches. Das war die Erfahrung.

Für jemanden, der im Westen Politik machte, war es nach diesen Erfahrungen schwer zu entscheiden, ob man Menschen in diesen Ländern ermuntern kann zu rebellieren. Würden sie es überleben? Kämen sie für lange Zeiten ins Zuchthaus? Kann ich, der schön warm und trocken im Westen sitzt, eine offene Rebellion ermutigen? Wir hatten die Erfahrung von 1956, als Radio „Free Europe“ die Ungarn ermunterte. Als dann Panzer kamen, taten die Amerikaner, was sie als Großmacht nur tun konnten: Sie konnten im Atomzeitalter nicht eingreifen. Aber die an Verantwortungslosigkeit grenzende Politik dieses Senders war genau das, was die, die das erlebt hatten, der nächsten Generation ersparen wollten. Ich finde, wie immer es historisch ausgegangen ist, man muss diese Motive kennen und bedenken.

REINHARD APPEL: Ein Zwischenruf von Herrn Meckel.

MARKUS MECKEL: Wir wollten keine Ermunterung oder gar Anstiftung, sondern wir wollten Anerkennung für das, was wir sowieso taten. Und das Gleiche galt, glaube ich, für die Polen.

REINHARD APPEL: Klaus Schütz, hatten Sie Verständnis für Willy Brandt?

KLAUS SCHÜTZ: Ich habe großes Verständnis. Wer die Ostpolitik nachträglich verstehen will, darf nicht den Fehler machen, sie von hinten aufzurollen. Die Ostpolitik hatte als ihren zentralen Punkt die Notwendigkeit, mit den Herrschenden zu Vereinbarungen und Gesprächen zu kommen. Das ist der jeweiligen Opposition nicht recht, was ich akzeptiere. Aber das Grundmotiv der deutschen Ostpolitik war, dass eine Veränderung der Situation in Europa nur gelingt, wenn wir mit den Herrschaftsträgern dort zu Vereinbarungen kommen konnten. Zu schlechten Vereinbarungen, zu unnötigen Vereinbarungen, mögen andere sagen – zu falschen vielleicht, aber zu Vereinbarungen.

Die Sozialdemokraten haben in dieser Frage ihre Position in den Jahren nach der Gründung der Bundesrepublik entscheidend verändern müssen. Ich will das an einem abgelegenen Beispiel erläutern: Die Sozialdemokraten haben im Deutschen Bundestag im Jahre 1950 die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu Spanien abgelehnt. Die Bundesrepublik hat sie aufgenommen. Die SPD hat ihre Haltung wenige Jahre später öffentlich durch Fritz Erler für einen Fehler erklärt. Denn es hat sie daran gehindert, mit der Opposition in Spanien zu nichtöffentlichen Kontakten zu kommen und einen wesentlichen Beitrag zur Entwicklung in Spanien zu leisten. Beim Putsch in Chile standen wir vor der Frage, ob die Bundesrepublik die Beziehungen abbrechen soll. Das ist die feine Art. Die war aber nicht die Art, die in dieser Situation richtig war. Das ist das Grundmotiv. Das hat aber gar nichts mit Brandt zu tun. Das hat nicht bedeutet, dass etwa kein Sozialdemokrat mehr Kontakte hat. Ich habe gehört,

dass beispielsweise die Sozialdemokraten von Nordrhein-Westfalen – und auch andere – relativ gute Kontakte zu Solidarność gefunden haben. Der DGB hat auch seinen Teil versucht. Aber wir sollten nicht vergessen: Die ganze politische Entwicklung sähe anders aus, wenn wir nicht von Anfang an in einer konsequenten Politik, die ihren Höhepunkt im Helsinki-Abkommen hatte, dafür gesorgt hätten, dass bestimmte Voraussetzungen auch in kommunistischen Ländern geschaffen werden müssen und dass diese Voraussetzungen für das Zusammenleben in Europa wesentlich sind. Nun mag man sagen, ihr seid ja durch die Geschichte ad absurdum geführt worden. Ich sehe das nicht so. In den letzten Monaten des Jahres 1989 war die Sorge – auch bei Brandt – ob die Kommunisten noch bereit sind oder die Kraft haben, die Opposition aufs blutigste zu zerschlagen. Wir wussten das nicht, niemand hat das gewusst. Das ist für jede vernünftige Politik ein Unsicherheitsfaktor, und dafür müssen wir um Verständnis bitten.

Wenn ein Mann wie Willy Brandt 1985 nach Warschau kommt und vorher eine Reihe von Vertretern der Dissidenten, der Katholischen Kirche und andere empfehlen, das Treffen hier in der Botschaft abzuhalten, wie er es sonst überall in Osteuropa und bei Besuchen in vergleichbaren Ländern machte, weil das der einzige Ort ist, wo man offen mit ihnen sprechen kann, dann hat das seinen Sinn. Ich glaube nicht, dass das wirklich eine Beeinträchtigung unseres Verhältnisses ist.

KAZIMIERZ WOYCICKI: Ich möchte die Argumente von Herrn Schütz ganz bestimmt nicht negieren. Es geht nicht darum, das Bild Brandts in Polen zu zerstören. Ganz im Gegenteil. Es ist vielmehr der Zeitpunkt, ein Gleichgewicht zu finden, das Bild farbiger zu machen und die Verdienste Brandts zu betonen.

Aus realpolitischer Sicht konnten die Sozialdemokraten grundsätzlich keine andere Politik machen. Es geht nicht um eine andere Ostpolitik in der zweiten Phase. An der Politik in der ersten Phase, etwa bis Helsinki, habe ich keinen Zweifel. Die Helsinki-Konferenz hatte das Ziel, der Bevölkerung, den Gesellschaften im Osten Chancen zu geben. Aber als sie diese nutzen wollten, hat man das nicht unterstützt. Das war politisch widersprüchlich. Ich sage nicht, dass man sich gegenüber den damals Herrschenden hätte arrogant verhalten sollen, was natürlich nur schädlich sein konnte. Aber etwa fünf Prozent der Politik hätte man den Oppositionsbewegungen widmen sollen. Das hätte die Oppositionellen nicht ermutigt, eine Revolution voranzutreiben. Man hätte einfach sagen sollen, dass man weiß, was Demokratie und was nicht Demokratie ist. Das Bild von Rakowski als dem besten Freund mancher Sozialdemokraten war für uns ganz einfach unmoralisch, da Rakowski kein Demokrat war, höchstens ein liberaler Kommunist, ein sehr wichtiger Intellektueller eines im We-

sentlichen nicht demokratischen Regimes. Zweites Argument: Die Kirche war damals Beraterin. Wenn wir sehen, was aus Kardinal Glemp geworden ist, wäre es vielleicht besser gewesen, ihn damals nicht als Berater zu akzeptieren.

Es geht also in keinem Fall um einen prinzipiellen Streit, Herr Schütz, aber um etwas andere Akzente.

Jetzt möchte ich aber diese Diskussion doch auf eine andere Ebene bringen. Wenn man die Erinnerungen von Brandt liest und versucht, die Impulse für seine Politik als Bundeskanzler gegenüber Polen zu finden, dann liest man, Polen sei ein Opfer des Krieges gewesen. Die Politik war moralisch motiviert, was man nicht gering schätzen sollte, aber sie war nicht durch und durch politisch motiviert. Zur Haltung der Sozialdemokraten, nicht nur in Deutschland, trug auch bei, dass für sie das wirkliche politische Subjekt in Moskau war, nicht in Warschau. Dort gab es nur zweitrangige Dinge, wie die Solidarność. Auch das war eine paternalistische Haltung. Man sah die Polen als Romantiker, unvernünftig, ewige Revolutionäre usw., obwohl in Wirklichkeit die Solidarność-Bewegung politisch unglaublich gemäßigt war. Sie begrenzte sich in dieser Entwicklung selbst. Man konnte mit Politikern wie Mazowiecki, Geremek und den anderen an der Spitze der Opposition vernünftig politisch sprechen. Aber man wollte das nicht machen, da man Polen nicht als Subjekt sah, sondern von außen, mit gewissen Stereotypen.

Diese Diskussion wäre unnötig, wenn das nicht für heute eine Bedeutung hätte, so z. B. in der Haltung gegenüber Oppositionellen in Weißrussland. Benimmt man sich nicht gegenüber Leuten in Weißrussland wie Schuschkevitsch wie damals gegenüber der Solidarność-Bewegung? Dann stellt sich die Frage für die heutige SPD-Regierung, ob sie eine neue Ostpolitik betreiben oder nur die alte fortsetzen will, um die Öffentlichkeit im In- und Ausland zu beruhigen, dass die neue Koalition keine Experimente machen wird. Aber in dieser historischen Stunde brauchen wir alle zusammen eine neue Ostpolitik. Deutschland sollte zusammen mit Polen und Europa eine Ostpolitik konzipieren. Die Frage ist: Betrachten Sie uns jetzt als Partner in diesem Dialog oder wieder als die, die nicht ganz ernst zu nehmen sind?

Die Diskussion über Brandt kann man abschließen. Ein Denkmal für Brandt wäre in Warschau eine ganz geeignete Sache. Die Ebene ist im Grunde genommen viel höher; es ist ein Dialog zweier politischer Kulturen. In diesem Zusammenhang könnte die Diskussion noch wichtig sein.

REINHARD APPEL: Für die Bundeskanzler-Willy-Brandt-Stiftung gibt es also noch etliche Themen. Herr Meckel möchte auf das reagieren, was Herr Woycicki gesagt hat.

MARKUS MECKEL: Ein kurzer Nachtrag zu Willy Brandt: Als wir die Sozialdemokra-

tische Partei in der DDR gründeten, stellten wir am Gründungstag, am 7. Oktober 1989, einen Antrag auf Aufnahme in die Sozialistische Internationale. Es war der Tag, an dem Gorbatschow bei Honecker war. Das war der Kontext, und nicht sechs Wochen oder zwei Monate später, als die Mauer fiel. Wir haben den Antrag an Willy Brandt als Vorsitzenden der Sozialistischen Internationale gegeben und bekamen noch zu Zeiten Honeckers ein klares Signal, dass er sich dafür einsetzen wird. Noch im November erhielten wir den Beobachterstatus, und dies angesichts der noch völlig offenen Situation im Herbst 1989. Auch das ist Willy Brandt, der genau begriff, dass hier Sozialdemokraten auftraten, für die er sich einsetzte. Dies ist wichtig, nachdem wir von manchen Problemen wie Paternalismus gehört haben. Auch wir fühlten uns oft nicht richtig als Opposition gewürdigt. Aber sobald es eine Perspektive gab, hat er sie als einer der allerersten erkannt.

In Bezug auf die künftige Politik will ich Folgendes anmerken. In Moskau lag für den Westen bis 1989 wirklich der Schlüssel der Politik. Das war natürlich für alle Satellitenstaaten ein Problem, aber wer mit deren Regierungen verhandeln wollte, musste vorher mit Moskau reden. Man hätte in den achtziger Jahren darüber hinaus noch etwas tun können. Es gibt in einer parlamentarischen Demokratie Rollenunterschiede. Eine Regierung verhandelt mit Regierungen. Eine Partei, zumal wenn sie in der Opposition ist, hätte nicht unbedingt nur Regierung spielen müssen, sondern vielleicht noch andere Chancen gehabt, Kontakte im parlamentarischen Bereich und zu anderen gesellschaftlichen Kräften zu knüpfen. Das hat die Bundesregierung nach 1982 auch gemacht, aber diese Chance ist nicht deutlich genug genutzt worden. Insofern stimmen wir in der Kritik an der Haltung des Westens und auch der Bundesrepublik sowie fast aller Parteien, einschließlich der SPD, überein.

Heute stellt sich wieder diese Frage, wie wir mit Diktaturen umgehen. Wir haben im Rahmen der Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages, es war wohl 1993/94, eine bezeichnende Debatte gehabt. An einem Freitag Vormittag hatten wir eine Sitzung der Kommission, in der es um die Ostpolitik ging. Es fand eine Anhörung mit Egon Bahr statt. Es kam zu heftigen Diskussionen und Vorwürfen an ihn, ähnlich dem, was wir eben diskutiert haben. Gleichzeitig gab es im Bundestag eine Aktuelle Stunde, weil Herr Schmidbauer, damals Staatsminister im Kanzleramt, Herrn Fallahian, den Geheimdienstchef aus dem Iran, empfangen hatte. Ich habe in der Bundestags-Debatte geredet, weil es absurd war, dass in der Enquete-Kommission die Politik der Ostpolitik vonseiten der Koalition bekämpft wurde. Der Staatsminister hat genauso argumentiert wie oben Egon Bahr.

Dies zeigt die Schwierigkeit und auch gleichzeitig die Herausforderung. Ich glaube,

dass es wirklich wichtig ist, mit Staaten zu agieren. Aber es sollte eine Lehre aus der Vergangenheit sein, dass man mit demokratischen Oppositionellen aus Diktaturen, die in Deutschland leben, den Kontakt pflegen und sie unterstützen sollte. Man muss natürlich mit Regierungen, die autoritär oder diktatorisch sind, sprechen. Ich bin auch gegen den Abbruch von Kontakten, weil man damit verhindert, dass Kontakte zu oppositionellen demokratischen Kräften möglich sind.

Allerletzte Bemerkung: Es ist kein Zufall, dass der neue Kanzler zuerst nach Warschau gefahren ist und erst 14 Tage später nach Moskau.

REINHARD APPEL: Meine Damen und Herren, ich möchte den Referenten sehr herzlich danken und Ihnen, dass Sie so aufmerksam zugehört haben. Es war ein spannendes Zeitzeugengespräch. Das letzte Wort soll Frau Surdyk-Fertsch haben und mir die Frage beantworten: Welches Willy-Brandt-Bild vermitteln Sie den polnischen Geschichtslehrern?

WIESLAWA SURDYK-FERTSCH: Willy Brandt ist mir sehr wichtig als Person, die die Gräben überwunden, ja zugeschüttet hat. Er ist von der Konfrontation zur Kooperation zwischen beiden Völkern, zwischen dem deutschen und dem polnischen übergegangen. Für mich ist er ein Politiker, der seiner Epoche voraus gewesen ist.

Ich verstehe auch, dass das Treffen mit Wałęsa nicht stattgefunden hat. In der Politik gibt es wichtigere und weniger wichtige Geschehnisse.

Für mich ist der Kniefall von Willy Brandt in Warschau eine Geste sehr großen Mutes. Das ist ein Mut, den nur ganz große Persönlichkeiten verkörpern.

Verträge und Vereinbarungen werden von großen Politikern abgeschlossen, aber sie müssen durch Völker und Gesellschaften umgesetzt werden. Von der Akzeptanz unserer Kulturen und Völker wird das friedliche Zusammenleben in Europa abhängig sein. Das ist die Aufgabe aller Staaten, die sich in Europa einigen, auch solcher Staaten wie Weißrussland oder Serbien. Willy Brandt hatte die Fähigkeit, das Eis zu brechen.

REINHARD APPEL: Das war ein schönes Schlusswort. Herzlichen Dank allen Beteiligten.